



Oktober 2023



# Auf dem Weg zum Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen 2024

## Themen – Konflikte – Erwartungen

von Jens Martens

Am 22. und 23. September 2024 findet bei den Vereinten Nationen in New York ein Gipfeltreffen statt, das sich mit einigen wesentlichen Zukunftsfragen der Menschheit befassen soll. Dieses als Zukunftsgipfel (*Summit of the Future*) apostrophierte Treffen soll der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zusätzlichen Schwung verleihen, aber über das Spektrum ihrer Ziele, der SDGs, weit hinausreichen. Die vorgesehene Themenpalette des Gipfels reicht von der Reform der globalen Finanzarchitektur über eine neue Agenda für Frieden und internationale Sicherheit, die digitale Zusammenarbeit und die Rechte zukünftiger Generationen bis zur Transformation der Global Governance.

Die Erwartungen an den Gipfel bewegen sich zwischen Euphorie und Skepsis. Die einen sehen in ihm eine einmalige Gelegenheit (*a once-in-a-generation opportunity*), um geschwundenes Vertrauen zwischen den Staaten wiederherzustellen und zu demonstrieren, dass die internationale Zusammenarbeit aktuelle und neue Herausforderungen wirksam angehen kann. Bei anderen überwiegt unterschiedlich motivierte Skepsis. Für manche haben die Vereinten Nationen nicht das Mandat, um Entscheidungen über die Reform der globalen Finanzarchitektur zu fällen. Andere fürchten, dass die zahlreichen Themenstränge des Gipfels kleinere Länder überforderten und bestehende zwischenstaatliche Prozesse, wie der Financing for Development (FfD)-Prozess, politisch geschwächt würden.

In jedem Fall bietet der Gipfel die Chance, angesichts der verschärften geopolitischen Konfrontationen dazu beizutragen, multilaterale Kooperation auf Weltebene wiederzubeleben und längst überfällige Reformen im internationalen System anzustoßen.

Dieses Briefing unternimmt eine Vorschau auf den Zukunftsgipfel, skizziert Themen, politische Konfliktlinien und zivilgesellschaftliche Erwartungen und liefert einige Informationen zum weiteren Verhandlungsprozess.

UN-Generalsekretär António Guterres hat in seinem vieldiskutierten Report „**Our Common Agenda**“ vom September 2021 eine breite Palette von Initiativen vorgeschlagen, um auf die Defizite und blinden Flecken bei der Verwirklichung der SDGs und die weltweite „**Kaskade von Krisen**“ zu reagieren. Er tat dies als Antwort auf die UN-Mit-

gliedstaaten, die ihn in ihrer **Erklärung zum 75. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen** dazu beauftragt hatten. Einer der Vorschläge des UN-Generalsekretärs bestand darin, einen Zukunftsgipfel (*Summit of the Future*) auf Ebene von Staats- und Regierungschefs zu veranstalten.

BRIEFING

Ursprünglich hatte Guterres geplant, den Zukunftsgipfel bereits im September 2023 durchzuführen. In einer [Rede vor der UN-Generalversammlung](#) im August 2022 bezeichnete er ihn als Zwillingsgipfel des SDG-Gipfels, der einen „Booster-Effekt“ für die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele bringen sollte.

Vor allem Regierungen des Globalen Südens fürchteten allerdings, dass der Zukunftsgipfel die Bedeutung des SDG-Gipfels schmälerte. Sie sprachen sich dagegen aus, die beiden Gipfel in unmittelbarer zeitlicher Nähe zueinander durchzuführen. Stattdessen gab es am 21. September 2023 lediglich ein Vorbereitungstreffen zum Zukunftsgipfel auf Ministerebene. Dies hatten die Regierungen in einer Modalitäten-Resolution ([A/RES/76/307](#)) im September 2022 so festgelegt.

Für den Verhandlungsprozess und die weiteren Vorbereitungen hat der Präsident der UN-Generalversammlung im Oktober 2022 als Ko-Fazilitator\*innen die Ständige Vertreterin Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York Antje Leendertse und den Ständigen Vertreter Namibias Neville Melvin Gertze berufen. Deutschland spielt in diesem Prozess damit eine wichtige Rolle, aus der sich eine besondere Verantwortung, aber auch politische Gestaltungsmöglichkeiten ergeben.

Zur inhaltlichen Vorbereitung auf den Gipfel hatte der UN-Generalsekretär bereits im April 2022 ein [High-Level Advisory Board on Effective Multilateralism](#) (HLAB) eingesetzt. Dieses Beratergremium unter Vorsitz der früheren Präsidentin Liberias Ellen Johnson Sirleaf und des ehemaligen schwedischen Premierministers Stefan Löfven hat im April 2023 seinen Report vorgelegt. Unter dem Titel [„A Breakthrough for People and Planet“](#) enthält er umfassende Empfehlungen zur Stärkung der globalen Architektur für Frieden, Sicherheit und Finanzen, zur Schaffung einer gerechten Transformation in den Bereichen Klima und Digitalisierung und zur Gewährleistung von mehr Gerechtigkeit und Fairness in der globalen Entscheidungsfindung.

Der Report ist in sechs Themenbereiche gegliedert, in denen für HLAB transformatorische Veränderungen (*Transformative Shifts*) besonders dringend sind:

- 1) Wiederherstellung des Vertrauens in den Multilateralismus durch Einbeziehung und Rechenschaftspflicht;
- 2) Wiederherstellung des Gleichgewichts mit der Natur und Bereitstellung sauberer Energie für alle;
- 3) Sicherstellung ausreichender und nachhaltiger Finanzmittel, die allen zugutekommen;
- 4) Unterstützung eines gerechten digitalen Wandels, der den Wert von Daten freisetzt und vor digitalem Schaden schützt;
- 5) Ermöglichen wirksamer und gerechter kollektiver Sicherheitsvereinbarungen;
- 6) Bewältigung aktueller und neuer transnationaler Risiken.

Damit behandelt der Report wesentliche Themenbereiche des Zukunftsgipfels, die im Anschluss vom UN-Sekretariat noch weiter aufgefächert wurden.

## Breite Themenpalette des Zukunftsgipfels

Um den inhaltlichen Rahmen des Zukunftsgipfels abzustecken, hat der UN-Generalsekretär zwischen März und September 2023 eine Reihe von 11 [Policy Briefs](#) veröffentlicht. Sie enthalten umfassende und zum Teil sehr spezifische Handlungsempfehlungen an die Adresse der Regierungen in folgenden Themenbereichen:

- 1) **Zukünftige Generationen (To Think and Act for Future Generations)**. Bei den Vorschlägen geht es darum, wie die Rechte und Interessen zukünftiger Generationen besser geschützt werden können, unter anderem durch die Ernennung eines UN-Beauftragten für zukünftige Generationen (*Envoy for Future Generations*).
- 2) **Eine Notfallplattform als Antwort auf globale Schocks (Strengthening the International Response to Complex Global Shocks – An Emergency Platform)**. Es hat sich als ineffektiv erwiesen, als Antwort auf eine globale Krise jedesmal auf's Neue erst die erforderlichen globalen Koordinierungsgremien und Mechanismen aufzubauen. Mit einer ständigen Notfallplattform auf UN-Ebene sollen die Regierungen auf zukünftige Krisen rascher und koordinierter reagieren können.
- 3) **Beteiligung junger Menschen (Meaningful Youth Engagement in Policy and Decision-making Processes)**. Kinder und Jugend-

liche und ihre Interessenvertretungen sollen auf allen politischen Ebenen und auch bei Entscheidungen der UN besser berücksichtigt werden. Zu den Vorschlägen gehört die Einrichtung einer ständigen UN-Jugendversammlung (*United Nations Youth Townhall*).

- 4) **Messgrößen jenseits des Bruttoinlandsprodukts (*Valuing What Counts: Framework to Progress Beyond Gross Domestic Product*)**. Die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Konzepte und Modelle basieren auf Indikatoren, die den Aktivitäten, die unseren Planeten schädigen, einen zu großen Wert beimessen und dagegen Nachhaltigkeitsaspekte zu wenig berücksichtigen. Der UN-Generalsekretär plädiert aus diesem Grund dafür, ein „Werte-Dashboard“ mit einer begrenzten Anzahl von Schlüsselindikatoren zu entwickeln, die über das konventionelle Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinausgehen.
- 5) **Globaler Digitalpakt (*A Global Digital Compact — an Open, Free and Secure Digital Future for All*)**. Dabei geht es sowohl um den besseren Zugang für alle Menschen zum digitalen Raum, aber auch um Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Desinformation sowie um Regeln für die Nutzung Künstlicher Intelligenz.
- 6) **Reform der globalen Finanzarchitektur (*Reforms to the International Financial Architecture*)**. Der UN-Generalsekretär schlägt weitreichende Maßnahmen u. a. in folgenden Bereichen vor: Reformen in den Entscheidungsstrukturen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank, die Schaffung eines Koordinationsgremiums für globale Wirtschaftsfragen in Form eines alle zwei Jahre stattfindenden Gipfeltreffens von G20 und ECOSOC, Maßnahmen zur Vermeidung von Schuldenkrisen, die langfristige Einrichtung eines globalen Schuldengremiums (*sovereign debt authority*), Aufstockung der Entwicklungs- und Klimafinanzierung durch die multilateralen Entwicklungsbanken, eine stärkere Ausrichtung der business cases der internationalen Finanzinstitutionen an den SDGs, die Bereitstellung von mehr Liquidität im Falle von Finanzkrisen, die effektivere Regulierung und Überwachung des internationalen Finanzsektors und die Stärkung der internationalen Steuerkooperation.
- 7) **Nutzung des Weltraums (*For All Humanity —the Future of Outer Space Governance*)**. Die Vorschläge zielen unter anderem darauf ab, einen internationalen Vertrag zur Verhinderung des Rüstungswettlaufs im Weltraum auszuhandeln und Prinzipien für die Governance von Aktivitäten im Weltraum zu formulieren.
- 8) **Neue Agenda für den Frieden (*A New Agenda for Peace*)**. Die vorgeschlagene Agenda soll Schritte formulieren, damit die Vereinten Nationen auf die vielfältigen Bedrohungen des Friedens und der internationalen Sicherheit besser reagieren können. Dazu gehören unter anderem die Aushandlung eines völkerrechtlichen Instruments zum Verbot tödlicher autonomer Waffensysteme und die Schaffung rechtlicher Rahmen für die Nutzung Künstlicher Intelligenz im militärischen Bereich.
- 9) **Integrität digitaler Informationen (*Information Integrity on Digital Platforms*)**. Um dem wachsenden Problem von Desinformationen, *Fake News* und *Hate Speech* zu begegnen, fordert der UN-Generalsekretär Maßnahmen zur Förderung der Integrität digitaler Plattformen. Zu diesem Zweck schlägt er einen Verhaltenskodex vor, der auf den Menschenrechten basiert, unabhängige Medien stärkt und Transparenz fördert (*UN Code of Conduct for Information Integrity on Digital Platforms*).
- 10) **Umgestaltung der Bildung (*Transforming Education*)**. Die Vereinten Nationen haben bereits 2022 den Transforming Education Summit veranstaltet. Die Staaten formulierten dort Schritte zur Transformation ihrer Bildungssysteme und zur Verwirklichung des Rechts auf Bildung und des SDG 4 (Bildung für alle). Diese Schritte müssen nun in der nationalen Bildungspolitik umgesetzt und durch internationale Zusammenarbeit gefördert werden. Bildung und lebenslanges Lernen sollten dazu als Globale Öffentliche Güter anerkannt werden und entsprechende Investitionen erhalten.
- 11) **Reformen in der UN (*UN 2.0*)**. Um die Organisationen des UN-Systems fit für die gegenwärtigen und kommenden Herausforderungen zu machen, sind auch interne Reformen erforderlich. Sie betreffen unter anderem die Organisationskultur und die Qualifikation der Belegschaft. Unter dem Schlagwort „UN 2.0“ sieht der UN-Generalsekretär Veränderungen in fünf Bereichen vor (*quintet of change*): Datennutzung, Innovation, Digitalisierung, vorausschauende Planung und verhaltenswissenschaftliches Know-how.

## Das mögliche Gipfelergebnis: Ein „Pakt für die Zukunft“

Ursprünglich sollten die Policy Briefs des UN-Generalsekretärs als Grundlage für Konsultationen mit den Mitgliedstaaten und nichtstaatlichen Akteuren genutzt werden. Die Kofazilitator\*innen für den Prozess hatten dazu im Frühjahr 2023 einen **Fahrplan** vorgelegt. Vor allem die kleineren Länder des Globalen Südens fühlten sich durch die hohe Zahl an Konsultationen, die zusätzlich zu den bestehenden zwischenstaatlichen Prozessen durchgeführt werden sollten, überfordert. Sie drängten darauf, sich zunächst auf die Vorbereitung des SDG-Gipfels im September 2023 zu konzentrieren und erst danach mit den inhaltlichen Vorbereitungen auf den Zukunftsgipfel fortzufahren. So beschränkten sich die Konsultationen zum Zukunftsgipfel bis dahin auf die möglichen Themen des Gipfels. Aber auch über einen **detaillierteren Vorschlag** der Kofazilitator\*innen hierzu gab es keinen Konsens.

Die UN-Mitgliedstaaten einigten sich in einer **Resolution** am 1. September 2023 lediglich darauf, dass das Ergebnis des Gipfels ein „**Pakt für die Zukunft**“ (*Pact for the Future*) sein soll, der aus einer Einleitung (*Chapeau*) und fünf Kapiteln zu folgenden Themenbereichen bestehen soll:

1. **Nachhaltige Entwicklung und Entwicklungsfinanzierung**
2. **Internationaler Frieden und Sicherheit**
3. **Wissenschaft, Technologie, Innovation und digitale Zusammenarbeit**
4. **Jugend und zukünftige Generationen**
5. **Transformation von Global Governance**

Als Teil des weiteren Vorbereitungsprozesses sollen außerdem ein *Global Digital Compact* sowie eine *Declaration on Future Generations* ausgehandelt werden, die dem Pakt als Anhänge beigefügt werden.

### „Es ist an der Zeit, groß zu denken“

Generell befinden sich die einzelnen thematischen Stränge des Zukunftsgipfels derzeit in unterschiedlichen Phasen der Vorbereitung. Zum *Global Digital Compact* gibt es bereits einen konkreten Diskussions- und Konsultationsprozess, der vom

Technologiebeauftragten des UN-Generalsekretärs (*Envoy on Technology*) koordiniert wird. Für die Verhandlungen auf zwischenstaatlicher Ebene hat der Präsident der Generalversammlung im Oktober 2023 die Ständigen Vertreter\*innen von Simbabwe und Schweden bei den Vereinten Nationen zu Ko-Fazilitator\*innen ernannt.

Für die Erklärung zu zukünftigen Generationen haben die Kofazilitator\*innen bereits im September 2022 ein **Elements Paper** vorgelegt, das auf Konsultationen mit Mitgliedsstaaten, Zivilgesellschaft und Wissenschaft basiert. Parallel dazu erarbeitete auf zivilgesellschaftlicher Seite eine Gruppe von Menschenrechtsexpert\*innen die „**Maastricht Principles on the Human Rights of Future Generations**“. Sie sind im Februar 2023 erschienen. Für die weiteren zwischenstaatlichen Diskussionen hat der Präsident der Generalversammlung im Oktober 2023 die Ständigen Vertreter\*innen von Jamaika und den Niederlanden zu Ko-Fazilitator\*innen ernannt.

Bei anderen Themen, wie der Neuen Agenda für den Frieden, stehen die zwischenstaatlichen Diskussionen noch am Anfang.

Grundsätzliche Positionen und Konfliktlinien wurden beim Vorbereitungstreffen zum Zukunftsgipfel auf Ministerebene am 21. September 2023 deutlich.<sup>1</sup> Der Vertreter Kubas betonte dort als Sprecher der **G77 und Chinas** den wichtigen Beitrag, den der Zukunftsgipfel für die weitere Umsetzung der SDGs leisten soll. Wichtig sind für die G77 dabei vor allem die Reform der internationalen Finanzarchitektur und die Einführung von Maßnahmen, die über das BIP hinausgehen, um die Finanzierungslücke für die SDGs zu schließen. Dazu zählen die Reform der internationalen Schuldenarchitektur und die Erweiterung der Rolle der Internationalen Finanzinstitutionen.

Josep Borrell erklärte als **Vertreter der EU** ebenfalls die grundsätzliche Unterstützung für den geplanten Zukunftspakt und seine unterschiedlichen Elemente. Neben der Reform der internationalen Finanzarchitektur sprach er sich dabei unter anderem für einen ehrgeizigeren und umfassenderen Ansatz für Frieden und Sicherheit aus, wie er in der Neuen Agenda für den Frieden des UN-Generalsekretärs dargelegt ist.

Die **Botschafterin der USA** setzte in ihrem kurzen Statement einen anderen Akzent. Sie betonte unter

<sup>1</sup> Alle Statements des Ministertreffens sind auf der UN-Webseite [hier](#) und [hier](#) zugänglich.

anderem die notwendige Reform des UN-Sicherheitsrates durch die Erhöhung der Zahl ständiger und nichtständiger Mitglieder, die Bestätigung von Kernprinzipien der UN-Charta, wie der Souveränität der Staaten und ihrer territorialen Unversehrtheit, und die Bedeutung der fundamentalen Menschenrechte.

Bemerkenswerterweise treten auch im Prozess zum Zukunftsgipfel verstärkt Ad-hoc-Gruppen von Ländern jenseits der traditionellen Zusammenschlüsse auf. Meist sind es Untergruppen der G77, die in ihren Stellungnahmen über den Minimalkonsens dieser Gruppe hinausgehen und politisch zugespitztere Positionen vertreten. Beim Ministertreffen waren dies insbesondere die sogenannte Group of Friends in Defence of the Charter of the United Nations mit ihrem Wortführer Venezuela und die Like-Minded Group, für die Pakistan sprach.

Die **Group of Friends**, zu der auch Russland, der Iran und Nordkorea gehören, wiederholte in ihrem Statement vor allem ihre schon beim SDG-Gipfel erhobene Forderung, unilaterale Sanktionen (*unilateral coercive measures*) zu verurteilen.

Die **Like-Minded Group**, die eine breitere Koalition von Ländern des Globalen Südens umfasst,<sup>2</sup> unterstrich in ihrem Statement das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung der Länder (*Common But Differentiated Responsibility*) und das Recht auf Entwicklung (das die **USA** grundsätzlich ablehnen). Außerdem forderte sie, den weiteren Verhandlungsprozess bis zum Zukunftsgipfel möglichst inklusiv und effizient zu gestalten und Überschneidungen und Doppelarbeit zu vermeiden.

Zahlreiche Redner\*innen betonten angesichts der globalen Krisen die Notwendigkeit ambitionierter Reformen. Die **Außenministerin Südafrikas Naledi Pandor** forderte, der Zukunftsgipfel solle „eine andere Art von Gipfel sein und nicht ein weiteres Forum für lobenswerte öffentliche Erklärungen, die die globalen Ambitionen nicht voranbringen.“

**Außenministerin Annalena Baerbock** stimmte dem in ihrer Rede beim Vorbereitungstreffen für den Zukunftsgipfel zu und bezeichnete dabei zwei Dinge als wesentlich:

*„Erstens muss der Zukunftsgipfel die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung fördern. Aktuell sind Fortschritte bei der Hälfte der 169 Zielvorgaben im Rahmen der SDG einfach ungenügend. Wir – insbesondere die Industrieländer – müssen hier mehr tun.“*

*Zweitens müssen wir die Vereinten Nationen und unsere internationalen Institutionen reformieren [...]. Man bedenke: Mehr als drei Viertel der heutigen Staaten waren nicht dabei, als die Weltbank und der Internationale Währungsfonds gegründet wurden. Aber wir brauchen Institutionen, die die heutige Realität abbilden – damit wir die heutige Realität gestalten können.“*

*Das sind keine leichten Aufgaben. Aber: Es ist an der Zeit, groß zu denken.“*

## Positionen der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind in ihrer Bewertung des geplanten Zukunftsgipfels und des ihm zugrunde liegenden *Our Common Agenda-Reports* des UN-Generalsekretärs gespalten. Ein internationales Bündnis unter dem Namen **Coalition for the UN We Need** sieht in dem Prozess und dem geplanten Gipfel eine große Chance zur Stärkung internationaler Zusammenarbeit unter dem Dach der Vereinten Nationen. Sie drängen vor allem auf eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft im weiteren Vorbereitungsprozess. In einem **Interim People's Pact for the Future** haben die Mitglieder der Koalition bereits im Frühjahr 2023 ihre Perspektiven zu zentralen Themen des Zukunftsgipfels formuliert.

Organisationen, die im Rahmen des **Civil Society Financing for Development (FfD) Mechanism** zusammenarbeiten, sehen in vielen Vorschlägen des UN-Generalsekretärs dagegen eher die Gefahr, dass bestehende zwischenstaatliche Prozesse, wie der FfD-Prozess, politisch geschwächt werden und die vorgeschlagenen Multistakeholder-Arrangements die Vereinten Nationen vor allem für privatwirtschaftliche Akteure und ihre Interessen weiter öffnen.

Für eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften bietet der Zukunftsgipfel zumindest die theoretische Chance, mit weitreichenden politischen Vereinbarungen und institutionellen Reformen auf die aktuellen Krisen zu reagieren. Dies setzt allerdings voraus, dass sich

<sup>2</sup> Algerien, Bolivien, Brasilien, China, Ägypten, Eritrea, Iran, Saudi-Arabien, Libyen, Nicaragua, Sri Lanka, Syrien, Venezuela, Simbabwe und Pakistan

die Regierungen nicht auf symbolische Aktionen und Selbstverpflichtungen beschränken, sondern verbindliche Beschlüsse fassen – auch und vor allem über die Bereitstellung von (finanziellen) Ressourcen für deren Umsetzung. Dies ist der Tenor des Reports **Spotlight on Global Multilateralism**, der unter Federführung des Global Policy Forums Europe mit Unterstützung Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai 2023 erschien. Der Bericht bietet kritische Analysen und präsentiert Empfehlungen zur Stärkung demokratischer multilateraler Strukturen und Politiken. Die Beiträge behandeln Schlüsselbereiche wie Frieden und gemeinsame Sicherheit, Reformen der globalen Finanzarchitektur, Forderungen nach einem *New Social Contract* und einer inklusiven digitalen Zukunft, die Rechte zukünftiger Generationen und die Umgestaltung der Bildungssysteme. Damit greift der Report Themen auf, die auch im Mittelpunkt des Zukunftsgipfels stehen.

In Deutschland haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen an den Diskussionen über das Für und Wider des Zukunftsgipfels und seine Themen bislang kaum beteiligt. Lediglich einige internationale Organisationen, wie der **World Future Council** und **Democracy Without Borders** haben bisher inhaltliche Positionen und Erwartungen formuliert. Auf wissenschaftlicher Ebene haben sich vor allem Marianne Beisheim von der Stiftung Wissenschaft und Politik und Silke Weinlich, ehemalige Mitarbeiterin des IDOS, in mehreren **Beiträgen** mit dem Zukunftsgipfel befasst. In einem **Artikel in der Zeitschrift Vereinte Nationen** appellieren sie an die Bundesregierung, die Chance des Zukunftsgipfels zu ergreifen und „die ressortübergreifende Verständigung zu diesem Prozess [zu] nutzen, um eine künftig proaktivere UN-Politik aus einem Guss zu entwickeln und zu kommunizieren.“

## Der weitere Fahrplan zum Gipfel

Angesichts der breiten Themenpalette und der weitreichenden Reformvorschläge, die in der Diskussion sind, werden die Verhandlungen im weiteren Vorbereitungsprozess des Zukunftsgipfels sicherlich äußerst kompliziert verlaufen. Die UN-Mitgliedsstaaten haben auch deshalb vereinbart, dass zusätzlich zur Gesamtkoordination der Vorbereitungen durch die Ständigen Vertreter\*innen Deutschlands und Namibias für jedes Kapitel des geplanten Zukunftspaktes separate Kofazilitator\*innen berufen werden. Ein erster Gesamtentwurf (*Zero Draft*) des Zukunftspaktes soll bereits im Januar/Februar 2024 veröffentlicht werden. Er bildet die Grundlage für die weiteren Verhandlungen, die vor dem eigentlichen Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 22.–23. September 2024 abgeschlossen sein sollen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland wären gut beraten, frühzeitig auszuloten, welches politische Potenzial der Zukunftsgipfel bietet. Ein belangloser Minimalkonsens oder gar ein Scheitern des Gipfels sind angesichts der gegenwärtigen geopolitischen Konflikte nicht ausgeschlossen. Aber gerade deswegen sollte jede noch so geringe Chance genutzt werden, um auf dem langen Weg zu einer solidarischeren multilateralen Zusammenarbeit Fortschritte zu erzielen.

In diesem Sinne haben über 50 ehemalige Staats- und Regierungschefs und Spitzen internationaler Organisationen, unter ihnen auch Bundespräsident a.D. Horst Köhler, im September 2023 in einem **offenen Brief** an die Mitglieder der UN appelliert:

*“Political leadership is required in the months ahead to centre the needs of humanity and our shared planet over internecine rivalries among Member States, recognizing that the Summit of the Future represents a vitally important, generational opportunity to deliver a balanced, yet far-reaching package of global governance transformations.“*

## Weitere Informationen

**Webseite der UN zum Zukunftsgipfel 2024**

<https://www.un.org/en/summit-of-the-future>

**Our Common Agenda des UN-Generalsekretärs**

<https://www.un.org/en/common-agenda>

**High-Level Advisory Board on Effective Multilateralism (HLAB)**

<https://highleveladvisoryboard.org/>

**Spotlight on Global Multilateralism – Perspectives on the future of international cooperation in times of multiple crises**

<https://www.globalpolicy.org/en/multilateralism>

**Webseite der zivilgesellschaftlichen Coalition for the UN We Need (C4UN)**

<https://c4unwn.org/>

**Informationsportal von Global Policy Forum und Forum Umwelt & Entwicklung zur Agenda 2030**

<https://www.2030agenda.de>

## Impressum

### Auf dem Weg zum Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen 2024

Themen – Konflikte – Erwartungen

**Herausgeber:**

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

[europa@globalpolicy.org](mailto:europa@globalpolicy.org)

[www.globalpolicy.org](http://www.globalpolicy.org)

Kontakt: Jens Martens

**Autor:** Jens Martens

**Redaktion:** Christian Bresgen

**Gestaltung:** [www.kalinski.media](http://www.kalinski.media)

Bonn, Oktober 2023

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Halbzeit bei der SDG-Umsetzung**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.